

## NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Bauausschusses

vom:	19.06.2000
von:	14.30 Uhr
bis:	19.15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

### I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -  
AM Flender, Friedhelm  
Stv Gaden, Helga - bis 16.30 Uhr -  
AM Grünekee, Klaus-Joachim  
AM Gunsenheimer, Christian - bis 18.50 Uhr -  
Stv Lauble, Wilhelm - für AM Imhof, Wolfgang -  
AM Leonhardt, Traugott - für Stv Gaden, Helga ab 16.30 Uhr -  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schneider, Manfred - bis 18.40 Uhr -  
AM Schultz, Walter - bis 18.50 Uhr -  
Stv Siebel, Helmut - bis 18.10 Uhr -  
AM Vogler, Alfred - für AM Wagener, Eckhard bis 17.20 Uhr -

### II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans - bis 18.50 Uhr -  
Stv Morgenschweis, Thomas  
Stv Dr. Schultze, Reinhold - für AM Delius, Friedmund bis 15.30 Uhr -

### III. Als Zuhörer:

AM Leonhardt, Traugott - bis 16.30 Uhr -  
Stv Schmidt, André  
Stv Walter, Klaus-Volker

### IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune  
Städt. VD Mengel  
Dipl.-Ing. Schul  
Städt. BD Bonstein  
Städt. OVR Schmidt - ab 15.20 Uhr bis 18.35 Uhr -

Dipl.-Ing. Weidt - bis 18.10 Uhr -  
Dipl.-Ing. Rohr  
Dipl.-Ing. Diehl  
Dipl.-Ing. Krieger  
Städt. VR Sondermann  
Dipl.-Ing. Wagener  
Städt. OVR Düber - ab 14.55 Uhr bis 15.40 Uhr -  
Dipl.-Ing. Thümmel - ab 16.45 Uhr bis 18.30 Uhr -  
Dipl.-Ing. Belke - bis 16.35 Uhr -  
Dipl.-Ing. Schlenther  
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Imhof, Wolfgang  
AM Wagener, Eckhard

## A ÖFFENTLICHE SITZUNG

### 1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Siebel bestimmt.

14. BA 19.06.2000

### 2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 22.05. und 05.06.2000

Herr Schneider merkt an, dass es auf Seite 4 im 5. Absatz der Niederschrift über die Sitzung vom 22.05.2000 heißen muss: „Herr Reitz beantragt für die CDU-Fraktion des Bauausschusses, dass auch unter Berücksichtigung ...“. Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.06.2000 liegt noch nicht vor.

14. BA 19.06.2000

### 3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

14. BA 19.06.2000

### 4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. BA 19.06.2000

### 5. Vorstellung der Arbeitsprogramme der Abteilung 8/2 - Straße und Verkehr - im Fachbereich 8

Vorlagennr. 442/00 - Vorlage vom 09.05.2000 -

Frau Gaden fordert die Verwaltung auf, gegenüber den Bezirksausschüssen eine Erklärung abzugeben, welche Wege im Stadtgebiet als Schulwege definiert werden. Um vor Ort eine sachkompetente Diskussion führen zu können, wünscht sie, dass den Bezirksausschüssen diesbezüglich Pläne zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schneider ersucht die Verwaltung darum, den desolaten Zustand der Pflasterung des Radweges unter der neuen Freudenberger Straße im Bereich Parkhaus Heeserstraße zu beheben.

Bei dem Radweg im Ortsausgangsbereich von Eiserfeld, Fahrtrichtung Siegen, ist nach Aufbringung einer Dünnbettdecke die Markierung nachzubessern.

Er informiert, dass in Bremerhaven ein Busdispositionssystem eingeführt wurde, womit bislang positive Erfahrungen gesammelt wurden.

Herr Schneider bittet darum, Umbaumaßnahmen an der Birlenbacher Straße aus Kostengründen erst dann zu beginnen, wenn die Gesamtmaßnahme in einem Zug möglich ist. Die Planungen bezüglich der Villa Hügel sind in diese Überlegungen einzubeziehen.

Aufgrund großer zeitlicher Verzögerung ist die CDU-Fraktion von der Notwendigkeit des Busdispositionssystems nicht mehr überzeugt. Herr Reitz stellt daher den Antrag, dass die Verwaltung die Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben Westfalen-Süd und dem Kreis Siegen-Wittgenstein bis zur Sitzung am 25.09.2000 zum Abschluss bringt und eine entscheidungsreife Vorlage zur Erforderlichkeit des Busdispositionssystems vorlegt. Da Herr Brune im nichtöffentlichen Teil dazu Stellung beziehen möchte, ist er damit einverstanden, die Abstimmung über den Antrag entsprechend zu verschieben.

Zum Haltestellenprogramm merkt Herr Vogler an, dass künftig die Inbetriebnahme neuer Haltestellen erst dann vorgenommen wird, wenn die Einrichtung (z. B. Informationstafeln) vollständig ist. Er fordert die Verwaltung auf, das Haltestellenprogramm zu forcieren, so dass die Beantragung von Zuschüssen bis zum Ablauf der vorgegebenen Frist (Mitte des III. Quartals 2000) sichergestellt werden kann.

Auf Frage von Herrn Schneider antwortet Herr Bonstein, dass eine Verwaltungsvorlage zum Thema Brückensanierungsprogramm inklusive einer diesbezüglichen Prioritätenliste größtenteils fertiggestellt ist und nach Beratung im Verwaltungsvorstand kurzfristig im Bauausschuss behandelt werden kann.

#### Fazit:

Der Ausschuss nimmt das Arbeitsprogramm des Fachbereichs 8/2 zur Kenntnis.

14. BA 19.06.2000

#### 6. Arbeitsprogramm 2000 für die Abteilung 1/1 - Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Strukturförderung - im Fachbereich 1

Vorlagenr. 518/00 - Vorlage vom 08.06.2000 -

Zur Stadterneuerungsmaßnahme Bertramsplatz merkt Herr Reitz an, dass eine strikte Trennung zwischen blue box-Projekt (Jugendtreff) und Freifläche herbeizuführen ist, da hier kein Zusammenhang besteht. Auch in der haushaltsmäßigen Abwicklung ist eine konsequente Trennung erforderlich. Er beantragt die Aufführung nicht in einer (Punkt 12), sondern in zwei Positionen (12 und 12 a).

Aufgrund der Zusage des Herrn Brune, der Forderung nachzukommen, hält Herr Schulte eine formelle Abstimmung für entbehrlich.

Zum Punkt „Aufwertung der DB-Bahnhöfe“ bringt Herr Schneider die dringende Erforderlichkeit des Durchbruches zur besseren Erreichbarkeit des Bahnhofes Geisweid zum Ausdruck.

Dem stimmt Herr Vogler zu und ergänzt, dass zur Finanzierung unter Umständen Zuwendungen aus dem Programm „Verbesserung der Bahnhöfe der Ruhr- / Sieg-strecke“ realisiert werden können. Am Bahnhof Weidenau ist seines Erachtens die Erhöhung der Bahnsteige erforderlich.

Der Abriss der Siegplatte (Übersicht „Neue Projekte“, Stadtbereichsplan Unterstadt) kann nach Meinung von Herrn Schneider in der Prioritätenliste nach hinten verschoben werden.

Im Bereich der Außengastronomie auf der Siegplatte bittet er zu prüfen, ob Alternativen für die aufgestellten Basaltsteine bestehen.

Über den Stand der Planungen zur Neugestaltung des Einkaufszentrums Geisweid möchte er in einer der nächsten Sitzungen informiert werden.

Herr Morgenschweis bedauert, dass der Bauausschuss bei einer Entscheidung über den Investorenwettbewerb zum Stadtbereichsplan Hammerhütte nicht beteiligt wurde. Er wünscht über den Inhalt der Verwaltungsvorlage, die im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften beraten wurde, und die Beschlusslage in Kenntnis gesetzt zu werden.

**Fazit:**

Der Ausschuss nimmt das Arbeitsprogramm 2000 des Fachbereichs 1/1 zur Kenntnis.

14. BA 19.06.2000

**7. Arbeitsprogramm 2000 der Abteilung 7 / Hochbau**

Vorlagenr. 519/00 - Vorlage vom 08.06.2000 -

Herr Krieger führt aus, dass in der Anlage zur Verwaltungsvorlage lediglich auf Seite 1 die Spalte „Ausgaben“ mit Zahlen gefüllt ist. Die Übersicht wird entsprechend komplettiert und der Niederschrift als Anlage beigelegt. Auf Frage von Herrn Reitz antwortet er, dass Überlegungen zu einem Ersatzstandort für das Bürgerhaus Geisweid angestellt werden. Er wird unter TOP 3 nicht auf die Angelegenheit zurückkommen.

**Fazit:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. BA 19.06.2000

**8. Ausweisung von Neubaugebieten in Oberschelden**

- Zwischenbericht über den Stand des Studienprojektes der Universität-Gesamthochschule Siegen, Fachbereich 9 / Architektur und Städtebau

Vorlagenr. 520/00 - Vorlage vom 07.06.2000 -

Frau Rohr unterrichtet über ein Gespräch zwischen Vertretern der Stadtverwaltung, des Heimatvereins Oberschelden und der Universität, das in der 24. KW stattgefunden hat. Thematisiert wurde die Entwicklung bzw. die Entwicklungsmöglichkeiten von Oberschelden, insbesondere wurden die Bereiche Windkraftanlagen, Infrastruktureinrichtungen und Integrationsmöglichkeit neuer Bürger angesprochen. Ergebnisse des in Auftrag gegebenen Lärmgutachtens werden in der 26. KW erwartet.

Herr Reitz äußert sich skeptisch gegenüber den in der Verwaltungsvorlage getroffenen Terminaussagen. Die Beteiligung der Universität darf nicht auf Kosten bauwilliger Bürger erfolgen. Um schneller zu Ergebnissen zu kommen, beantragt er, die Verwaltung aufzufordern, unter Beteiligung der Hochschule eine Verwaltungsvorlage zu erarbeiten, die einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan in Oberschelden für das Gebiet „Im Boden“ beinhaltet. Eine diesbezügliche Bürgerbeteiligung hat noch in diesem Jahr zu erfolgen.

Herr Gunsenheimer spricht sich dafür aus, die Studierenden das Projekt zu Ende führen zu lassen. Bei einer positiven Abstimmung über den Antrag von Herrn Reitz sieht er zukünftig die Gefahr, dass die wünschenswerte Kooperation mit der Universität nicht mehr möglich ist.

Dieser Ausführung stimmt Herr Schneider zu. Hintergrund für den Auftrag an die Universität war eine Untersuchung der möglichen Baugebiete „Vor der Hohler“ und „Im Boden“ mit einer entsprechenden Prioritätensetzung. Dem Antrag von Herrn Reitz folgend wären weitere Untersuchungen entbehrlich, da dieser das Baugebiet „Im Boden“ festlegt. Auch wenn ein entsprechender Auftrag an die Verwaltung erteilt wird, rechnet er vor Herbst 2000 nicht mit Ergebnissen.

Wenn terminliche Zielvorgaben durch die CDU-Fraktion in den Vordergrund gerückt werden, so hätten diese vor Auftragserteilung an die Universität festgesetzt werden müssen, so Herr Siebel. Da seines Erachtens kein absoluter Zeitdruck besteht, sollte die Universität lediglich gebeten werden, die Arbeiten an dem Projekt zu forcieren, um die in der Vorlage genannten Termine einzuhalten.

Die CDU-Fraktion sieht weniger einen Konflikt mit der Hochschule, als vielmehr mit der Bauverwaltung, so Herr Schulte. Das durch die Verwaltung zugesagte Ziel einer entscheidungsreifen Vorlage zur heutigen Sitzung wurde nicht eingehalten.

Herr Brune entgegnet, dass die Projekte durch die Bauverwaltung nach Priorität abgearbeitet werden. Bei positivem Beschluss über den Antrag von Herrn Reitz wäre die Konsequenz, dass andere Projekte zeitlich verschoben werden müssen.

Er bittet vielmehr um Zustimmung zu dem in der Vorlage geschilderten weiteren Verfahren, um mögliche Chancen des Projektes aufdecken zu können.

Auf Frage von Herrn Rothenpieler antwortet er, dass mit der Mitteilung eines Zwischenergebnisses durch die Universität bis Ende September zu rechnen ist. Dieses ist für eine Beratung am 25.09.2000 ausreichend. Eine förmliche Vorlage wird jedoch aus zeitlichen Gründen nicht erstellt werden können.

Die Herren Gunsenheimer und Leonhardt regen an, zu dieser Sitzung die Projektgruppenleiterin der Universität, Frau Professorin Dr. Ing. Hilde Schröteler-von Brandt, einzuladen.

Herr Reitz zieht seinen Antrag zurück, fordert die Verwaltung jedoch auf, in der Sitzung am 17.07.2000 eine Vorabinformation zum Sachstand zu geben.

#### Fazit:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. BA 19.06.2000

## 9. Umsetzung der Eingriffsregelung

Vorlagenr. 492/00 - Vorlage vom 16.05.2000 -

Herr Schul erläutert anhand von Folien umfangreich die Verwaltungsvorlage. Er teilt mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie einen positiven Beschluss unter Voraussetzung einer halbjährlichen Berichterstattung über den Stand des Ökokontos gefasst hat.

Herr Reitz hätte die dargestellten Folien zum besseren Verständnis als Anlage zur Vorlage gewünscht. Da fraktionsinterner Beratungsbedarf besteht, möchte er die heutige Beratung lediglich als 1. Lesung verstanden wissen.

Herr Siebel schließt sich dem Vorschlag von Herrn Reitz an und bittet, bis zu einer Entscheidung allen Ausschussmitgliedern die präsentierten Folien in Kopie zur Verfügung zu stellen.

Herr Gunsenheimer befürwortet die Ergebnisse der Verwaltungsvorlage. Er erwartet, dass auch in Zukunft ein möglichst hoher Prozentsatz des Ausgleichs durch entsprechende Maßnahmen erreicht wird. Diese Maßnahmen sind soweit als möglich ortsnahe durchzuführen.

In der Umsetzung der Eingriffsregelung sieht Herr Schneider eine sinnvolle ökologische Vorgehensweise und kann sich daher ebenfalls dem Beschlussvorschlag anschließen.

#### Fazit:

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung auf die kommende Sitzung zu vertagen.

14. BA 19.06.2000

**10. Sauberkeit in den Anlagen des Oberen Schlosses**

hier: Antrag der UWG-Fraktion gemäß § 9 GO des Rates der Stadt Siegen zur Sitzung des Rates am 03.05.2000

Vorlagennr. 521/00 - Vorlage vom 31.05.2000 -

Herr Siebel kann die Angaben der Verwaltungsvorlage bestätigen. Bei der Errichtung von Bruchsteinmauern bittet er künftig um Hinzuziehung einer Fachaufsicht, da die Bruchsteinmauer in der Anlage des Oberen Schlosses mangelhaft ausgeführt wurde.

**Fazit:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. BA 19.06.2000

**11. Wasserversorgung durch die SVB im Bebauungsplangiet Kohrweg**

- mündlicher Bericht -

Herr Schul legt dar, dass in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 222 ausgeführt ist, dass die Leitungsnetze für Ver- und Entsorgung erweitert werden müssen. Dieser Forderung lag ein Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe vom 08.12.1993 zugrunde, in dem mitgeteilt wurde, dass ab einer Höhe von 330 m über NN ein Versorgungsdruck in Höhe von maximal 2 bar zur Verfügung gestellt werden kann. In diesem Schreiben wurde jedoch kein Hinweis auf einen *besonderen* Handlungsbedarf gegeben.

Mit Schreiben vom 16.03.1999 teilen die SVB nunmehr mit, dass Probleme bezüglich des Wasserdruckes in Bereichen ab 320 m über NN zu erwarten sind. Unter Beachtung der entsprechenden Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit sind insbesondere die Eigentümer von 15 Grundstücken oberhalb des Gustav-Gontermann-Weges gefordert, sich eigene Druckerhöhungsanlagen zu beschaffen.

Der Bürgermeister hat daraufhin gegenüber den Siegener Versorgungsbetrieben deutlich gemacht, dass unter Wertung des Konzessions- und Ortsrechtes die Wasserversorgung für das gesamte Baugebiet zu Lasten der SVB sicherzustellen ist. Eine Antwort steht noch aus.

Die Löschwasserversorgung ist nach Aussage des Fachbereiches 6/4 im gesamten Baugebiet gesichert.

Im beschlossenen Bebauungsplan wurde auf die Erforderlichkeit der Erweiterung der Leitungsnetze hingewiesen, bestätigt Herr Siebel. Es gibt nunmehr mehrere Möglichkeiten, den erforderlichen Druck aufzubauen, wovon die Errichtung je einer Druckerhöhungsanlage pro Grundstück die preiswerteste ist. Da es mehrere ähnlich gelagerte Fälle im Stadtgebiet gibt, sind bei einer Entscheidung mögliche künftige Regressfälle zu bedenken.

Er bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Forderung des Bürgermeisters gegenüber den Siegener Versorgungsbetrieben.

Herr Reitz möchte über die Rechtsgrundlage für die Forderung des Bürgermeisters gegenüber den Siegener Versorgungsbetrieben unterrichtet werden. Er bestätigt die Meinung von Herrn Siebel, dass die Errichtung privater Druckerhöhungsanlagen als preiswerteste Alternative in Erwägung gezogen werden sollte. Die Kosten sind von den Bauherren zu übernehmen. Er bezeichnet es als bedauerlich, wenn die Betroffenen im Genehmigungsverfahren hierauf nicht hingewiesen worden sein sollten.

Auch Herr Schneider ist der Meinung, dass die Kosten von ca. 2.500,00 DM für private Druckerhöhungsanlagen die entsprechenden Bauherren zahlen müssen. Bei Verhandlungen mit den Siegener Versorgungsbetrieben ist evtl. zu vereinbaren, dass diese in Vorleistung treten für den Fall, dass ein Bauherr die Investition nicht sofort tätigen kann.

Herr Schulte bezeichnet es als unbefriedigend, dass das Wasserversorgungsproblem in den Abwägungsprozess des Bebauungsplanes nicht ausreichend eingeflossen ist. Er fordert künftig eine sensiblere diesbezügliche Aufarbeitung. Im nichtöffentlichen Teil wird er die Thematik unter dem Gesichtspunkt einer rechtlichen Würdigung aus dem Konzessionsvertrag erneut ansprechen.

**Fazit:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. BA 19.06.2000